

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1901

8.10.1901 (No. 230)

Er scheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 M. 60 Pfg. (monatlich 55 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 M. 65 Pfg. Bestellungen werden jederzeit entgegen genommen.

Badischer Beobachter.

Post-Zeitungs-Liste 798.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Angaben: Die sechspaltige Beilage über deren Raum 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatte. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaus an.
Redaktion und Expedition:
Aberstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 230.

Dienstag, den 8. Oktober

1901.

Zur Tagesgeschichte.

* Karlsruhe, 7. Oktober.

Gegen die Verfassung

richtet sich ein Aufschieben des Landrats von Tüchel, in welchem es sich um drei von Subalternbeamten zu besetzende Stellen handelt. Der Landrat schreibt diese Stellen für 3 evangelische Bewerber aus, obwohl nach dem Artikel 4 der preussischen Verfassung gefordert ist, daß die öffentlichen Ämter für alle Befähigten gleich zugänglich sein. Die „Germania“ hat gegen dieses verfassungswidrige Ausschreiben Einspruch erhoben und damit aber keineswegs den Beifall liberaler Blätter gefunden. — Was geht aber uns das Aufschieben des Landrats von Tüchel an? Eigentlich gar nichts, mindestens so wenig wie die „Bad. Landeszeitung“. Aber diese hat das Vorgehen der „Germania“ mit dem „Brandenburger Gesellen“ entlehnten Witz lächerlich zu machen gesucht, aber dabei nicht neben das Ziel geschossen, weil sie meint, die „Germania“ habe sich über Unparteilichkeit beklagt. Das hat aber die „Germania“ nicht, sondern mit Recht hat sie auf das höchst sonderbare eigenmächtige Gebahren des Landrats hingewiesen, der ohne weiteres im Gegensatz mit der Verfassung Stellen für evangelische Bewerber ausschreibt, wo er gar kein Recht dazu hat. Die freikonservative „Post“ sagt selbst, daß es „seiner weiteren Erörterung bedarf, daß die Art der Ausschreibung nicht in der Ordnung ist und auch keine Billigung oder Hechtung erfahren dürfte“. Wir erwarten nämlich, daß die „Bad. Landeszeitung“ ihre falsche Darstellung richtig stellt, da sie doch einmal den Fall von dem weit weg gelegenen Tüchel herbeizogegen hat, um der „Germania“ am Zeug zu fassen. Wenn es der „Bad. Landeszeitung“ übrigens lächerlich vorkommt, daß katholische Blätter darauf sehen, daß die Katholiken in seiner Stellung zu kurz kommen, erinnern wir sie daran, daß es ein Land gibt, in welchem alle Oberamtler national-liberal sein müssen, ja unter Umständen mit einem Stück einer konservativen Färbung anzunehmen haben.

Krone und Hauptstadt.

Die städtischen Berliner Fragen, die während der letzten Wochen die öffentliche Meinung in so hervorragendem Maße beschäftigt haben, sind von ganz allgemeinem Interesse. Sie sind es nicht deswegen, weil sie wichtige Berliner Sonderverhältnisse betreffen, sondern aus dem anderen Grunde, weil es sich dabei um geltend verbriefte Rechte des Monarchen und um die Beurteilung und Bekämpfung derselben durch die städtischen Berliner Körperschaften handelt. Die Sozialdemokratie, in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vertreten, benötigt im Grunde mit einigen radikalen bürgerlichen Elementen diese Gelegenheit, um gegen die Krone und gegen das gute Verhältnis zwischen der Krone und der Stadt Berlin in einer Weise zu gehen, wie sie bei uns in Deutschland bisher unvorstellbar waren; und eine Zeit lang schien es so, als sollte sie die Mehrheit der Berliner Stadtverordneten auf ihre Seite bekommen. Aber die ruhige und gesunde Ueberlegung hat nun doch den Sieg davongetragen: In der Sitzung der Berliner Stadtverordneten am letzten Donnerstag haben diese samt und sonders von der Sozialdemokratie sich abgewandt und Beschlüsse angenommen, die in klaren und unabweislichen Worten für die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zwischen Krone und Hauptstadt eintreten und damit eine blühende Pflege enthalten an die veredelnden Bestrebungen der Sozialdemokratie, dieses bisher gute Verhältnis zu zerstören.

Es handelt sich, wie bekannt, um zwei Angelegenheiten: die Durchquerung der Brachstraße hinter den Linden mit einer neuen Straßenbahnlinie, die Nord-Berlin mit Süd-Berlin verbindet, und um die Aufstellung eines Kunstbrunnens in einem der städtischen Parks, in dem Friedrichsplatz. Nach dem Wunsch des Oberbürgermeisters Kirchner wurde die Befreiung der zweiten, bei weitem weniger wichtigen Frage auf eine spätere Sitzung verlagert; bei der Beratung der Straßenbahnfrage erteilt die Sozialdemokratie eine volle Niederlage. Eine verhältnismäßig Guschelung wurde mit allen Stimmen gegen diejenigen der Sozialdemokratie angenommen. Ihr Sinn ist der, daß die Stadt Berlin die größte Mühe sich geben soll, um eine betriebsfähige Lösung dieser Frage „mit allen geeigneten Mitteln“ herbeizuführen. Die Stadtverträter verstehen sich also, so wenig wie der Magistrat, auf eigenmächtiges Festhalten an dem ersten, vom Kaiser abgelehnten Plane; sie wollen vielmehr, daß ein anderer Plan ausgearbeitet und der Regierung und dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt werde.

Von besonderer Bedeutung ist eine Rede des Oberbürgermeisters Kirchner, mit der dieser die bewusste Entschiedenheit empfahl und gleichzeitig auch ihrem Sinne nach ansah. Unter dem wiederholten Beifalle der Versammlung führte Herr Kirchner aus, daß die Vertretung der Stadt Berlin deren Interessen mit allen Kräften wahrzunehmen müsse, daß dabei aber niemals zwei Dinge vergessen werden dürfen: Erstens — so sagte der Oberbürgermeister würdevoll — hat das zu geschehen mit derjenigen Ehrfurcht, die wir dem Staatsoberhaupt schuldig sind; und zweitens hat das immer in dem Sinne zu geschehen, daß die bestehenden Differenzen, Meinungsverschiedenheiten, so bald wie möglich ausgeglichen werden in dem Sinne, daß wir nicht den Streit und den Zwiespalt zu finden haben, sondern den Frieden und die Einigkeit. ... Eine Partei, die sich in diesem Saale ausdrückt als eine republikanische Partei erklärt hat, muß in dieser Beziehung einen anderen Standpunkt einnehmen. Aber warum wir Frieden und Einigkeit wollen, so ist es gerade unsere Pflicht, zu erkennen zu geben, daß wir in dieser Beziehung auf einem völlig anderen Standpunkte stehen. Ich glaube, wir stehen um so fester, um so sicherer auf dem Standpunkte, die

Interessen der Stadt zu vertreten, je mehr wir die Möglichkeiten nehmen, die ich erwähnt habe. Wir dürfen nicht in Abrede stellen, daß bei dieser Frage Seine Majestät der König sich auf einem vollständig legalen Boden befindet.

Dem Oberbürgermeister und den Stadtverordneten von Berlin kann man nur Glück wünschen zu der verständigen, ruhigen und sachgemäßen Art und Weise, mit der sie die Straßenbahnfrage behandeln und hoffentlich auch weitergehenden Angelegenheiten mit demselben Eifer und Umsicht behandeln werden. Auch die folgenden dringlichen Angelegenheiten, die den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, ob es wahr sei, daß der Kaiser gegen die Vollendung und Aufstellung des für den Friedrichsplatz bestimmten Kunstbrunnens Einspruch erhoben habe. Ueber diesen dringlichen Antrag ist die Versammlung der Stadtverordneten zur Tagesordnung übergegangen, indem sie die Befreiung dieser Angelegenheit auf eine spätere Sitzung verlagert hat. Also auch in der Stadt Berlin können die sozialdemokratischen Bäume noch nicht in den Himmel wachsen.

Ein Arzt über Getreidezollerhöhung.

Man hat schon Stimmen von allen möglichen Berufs-Klassen angeführt für oder gegen die Getreidezölle. Es ist dies im Interesse der rechten Würdigung nur zu begrüßen; denn je vielseitiger die Frage erörtert wird, desto sicherer wird man auch bei der Entscheidung dieser Frage das Richtige treffen. So spricht sich jetzt auch ein Arzt für die Getreidezollerhöhung aus. Ein großstädtischer Arzt schreibt der „Straßb. Post“ u. a.: „Ganz abgesehen von Verboten, die auf dem Lande praktizieren und als solche selbstverständlich ein persönliches Interesse am Gelingen der Landwirtschaft haben, muß auch jeder andere Arzt, falls er von größeren Gesichtspunkten aus die Gesundheit des Volkes im Auge hat, sich dahin aussprechen, daß eine Zunahme der industriellen Produktion in Deutschland für die Gesundheit, Sittlichkeit und Wehrfähigkeit der Nation nur von großem Nutzen sein kann, und daß jede Maßregel, die zu einem Minderstrom zur Landwirtschaft, zu dem Gelingen dieser gesundheits aller menschlichen Tätigkeiten führen kann, nur auf's Wärmste zu begrüßen ist, sollten auch diese oder jene kleinen Privatinteressen dadurch auf ein Weiches geschädigt werden. Auf's Land mit dem Arbeiterüberschuß! Das ist die beste Bekämpfung der Tuberkulose (Schwindkrampf) u. s. w., besser als wenn man die Opfer der Industrie einige Wochen in die Kellern schickt, um sie dann doch wieder denselben Schicksalen auszuliefern. Es gereicht mir zur Freude, daß ebenfalls ein Arzt, Dr. Höpfel in Buchweiler, ähnliche Gedanken seinen Wählern gegenüber neulich ausgeführt hat, und zweifellos wird er es, zu zeigen, daß es auch in der Großstadt noch Verge gibt, denen die Gesundheitsfürsorge des Volkes am Herzen liegt, und die sich nicht von einseitigen Parteinteressen treiben lassen!“

Zur Frauenbewegung.

Jede neue Bewegung, die sich gegen alles Fortkommen richtet, führt gute und schlimme Dinge mit sich, so auch die Frauenbewegung. Es ist anzuerkennen, daß Frauen selbst auftreten, um auf diejenigen Dinge hinzuweisen, welche sich der Befreiung ihrer sozialen Stellung widersetzen, denn natürlich werden Frauen ihre eigene Sache mindestens mit mehr Eifer führen, als Männer und dann wissen sie ja selbst am besten, was ihnen fehlt. Ueberredungen und Auswüchse bleiben aber bei dieser Bewegung keineswegs fern. Zu diesen Auswüchsen zählen wir eine Bewegung die von Frauen in der Schweiz angeregt wurde und dort zur Zeit die Gemüther erhitze. Es handelt sich dabei um jene weibliche Personen, die ohne je verheiratet gewesen zu sein, kinder haben. Nur eine Kleinigkeit scheint es zu sein, was emancipierte Frauen für diese Frauenpersonen fordern; und doch ist das genau betrachtet viel, sehr viel. Sie wollen nämlich, daß diesen kein Mangel anhängen soll, daß sie gerade so, wie andere ehevereheliche Frauen, den Namen „Frauen“ tragen sollen. Es ist nun gewiß wahr, daß es sich bei solchen Frauenpersonen manchmal vielleicht nur um einen einzigen unglücklichen Schritt handelt; es ist auch wahr, daß ihre Schuld vielfach für viel größer angesehen wird, als sie dem entspricht, der alles kennt; es ist wahr, daß die Welt oft heuchlerischer selbst die Kinder solcher Mütter den Schritt der Mutter ergehen läßt und auch das, daß es schlechtere gibt, als uneheliche Mütter, die trotz ihrer schlechteren Führung in den Augen der Welt als besser gelten. Aber dies alles kann es niemals rechtfertigen, uneheliche Mütter gleich zu behandeln wie verheiratete. Die meisten Frauen werden sich das nicht gefallen lassen; und dann was hält denn viele Jungfrauen zurück vor einem selbstverkauften Schritt? In vielen Fällen wird sich nichts als stärker zeigen, als gerade die aus einem Schritt erwachsende mindere Achtung vor den Menschen. Siehe es nicht geradezu eine Prämie auf derartige Schritte legen, wenn man das Schuldbuch in diesem Falle vermindern wollte? Die Konsequenzen einer solchen Verringerung wäre für die allgemeine Sittlichkeit einfach verwerflich. Verzeihung für jeden Schritt zu — aber ohne weiteres Achtung? nein unter keinen Umständen! Die „Gesellschaft“ soll sich dieser Achtung erst wieder würdig erweisen, dadurch, daß sie ihren Schritt wieder gut macht. Ein Mieder wird ihr zwar auch dann noch bleiben; aber wenn sie gefährt hat, denn kann der vernünftige Mensch der edle Schritt seine Achtung nicht für immer verlagern. Im letzten Grunde geht indes diese Bewegung darauf hinaus, die christliche Ehe überflüssig zu machen, und an ihre Stelle eine Art freier Liebe zu setzen. Ob jene Frauen in der Schweiz das wollen, wissen wir nicht. Die Wirkung wäre aber die gleichgültige. Daß wir deshalb diese Bewegung auf's Schärfste bekämpfen müßten, ist ohne weiteres klar.

** Fieser's Rücktritt vom politischen Leben betreffend.

In einer größeren Wähler-Versammlung, die am 2. Oktober in der Festhalle zu Freiburg stattfand, hat sich der national-liberale Kandidat Keller auch über Fieser's Rücktritt vom politischen Leben ausgesprochen. Die „Freisg. Ztg.“ berichtet darüber: „Der Kandidat kommt im Verlauf seiner Ausführungen auch auf das Verhältnis der Partei zu dem damaligen Führer Fieser zu sprechen und zwar betont er, im Namen des Bestreben zu der Erklärung ermächtigt zu sein, daß nur die sehr ersichtliche Gesundheit des Parteiführers diesen zwingt, vom politischen Leben zurückzutreten. Man könne es einem Mann, der so viel geleistet wie Fieser, wahrlich nicht übel nehmen, wenn er seinen Lebensabend sich nicht wolle verbittern lassen von einer Kampfwelt im Wahlkampf, wie sie dem Gegner zur Zeit beliebt. Das Centrum möge über Fieser sagen, was es wolle; gefürchtet habe es ihn doch! Man möge es den alten Fieser in Ruhe lassen.“

Das ist sehr unvorsichtig gesprochen. Wir sind auch der Meinung, daß man Herrn Fieser „in Ruhe lassen“ möge, nachdem er zu den politischen Toden gehört. Sein politischer Tod ist aber noch zu frisch und sein politischer Geist geht noch zu stark um, als daß es ganz vermieden werden könnte, auch nur von ihm zu reden. Jedenfalls können solche Keller'sche Sprüche kaum unbeantwortet bleiben. Herr Fieser war zweifellos ein bedeutender Parlamentarier, als Redner wie auch als Arbeiter der Kammer. Er zeigte sehr lobenswerte Seiten, die das Zusammenarbeiten mit ihm leicht und angenehm machten — auf all den Gebieten, auf welchen politische und kirchenpolitische Gegensätze keine Rolle spielten. Sein Fernsein von der Kammer wird sich mehr bemerkbar und fühlbar machen als das der meisten Herren, die in den letzten Jahrzehnten der Kammer angehört haben. Und hier wahrheitsgemäß wird man ihn ab und zu ungerne vermissen. Diese Anerkennung wird keine Partei ihm verweigern, sie ist ihm auch jederzeit gewollt worden. Allein diesem Licht auf Fieser's politischen Laufbahn sieht sehr bedenklicher Schatten entgegen. Sobald er auf politischem und kirchenpolitischen Gebiete sich zu bewegen hatte, war er ein wesentlich anderer Mann: in der mehr ruhigen Kommissionarberatung wie namentlich in der mehr lebhaften Debatte in öffentlicher Kammer Sitzung. Da trat mir ausnahmsweise etwas Anders als Abstoßendes zu Tage. Gemüthlich gab er den bezüglichen Debatte das Gepräge der Leidenschaftlichkeit, wenn das Auftreten der Gegenseite auch nicht den geringsten Anlaß dazu bot. So hat er es in jungen Tagen gemacht und in alten nicht besser. Es hat ihm schließlich geschmeichelt, wenn ihm ab und zu „Mitterlächeln“ ausgezrieben wurde. Auf diesen Arbeits- und Kampfbereiten aber war er in der Regel nichts weniger als „ritterlich“. Es nimmt sich wie Spott und Hohn auf ihn selber aus, wenn der Kandidat Keller davon spricht, daß er „seinen Lebensabend sich nicht wolle verbittern lassen von einer Kampfwelt, wie sie dem Gegner zur Zeit beliebt.“

Die Behauptung, daß „das Centrum ihn doch gefürchtet habe“, ist ganz und gar unklar. Das Centrum hat ihn nie „gefürchtet“: weder in den Kämpfen der Kammer noch bei den Wahlen oder anderen Gelegenheiten. Dabei ist wiederholt in aller Öffentlichkeit gesagt und den Wählern auseinandergesetzt worden, wie sehr er am Niedergang seiner eigenen Partei arbeitete und das Emporkommen des Centrum's förderte. Im Spätherbst 1899 suchte sich der Abg. Wacker über die Situation im Wahlbezirk Donaueschingen genauer zu orientieren, dessen Vertretung Fieser seit 4 Jahren hatte. Er fand, daß die beste Aussicht vorlag, Fieser aus dem Felde zu schlagen, wenn das Centrum einen Kandidaten acceptierte, der zwar gegen die National-liberalen war, aber auch nicht zum Centrum gehörte. Vorherrschende Parteigenossen im Bezirk Donaueschingen waren sehr dafür, die Gelegenheit zu benutzen, dem leidenschaftlichen Centrumstödter Fieser eine Niederlage zu bereiten. Wacker vertrat einen ganz anderen Standpunkt und drang damit durch. Er betonte: ein Bezirk wie Donaueschingen muß als einziger Centrumstodt in Auge behalten werden. Sei er jetzt noch nicht zu haben, so ohne Fieser dem Centrum am sichersten den Weg für später. Auch arbeitete Fieser durch sein Auftreten in der Kammer dem Centrum wesentlich in die Hände. Man solle also davon absehen, ihn durch einen Kandidaten verdrängen zu wollen, der nicht dem Centrum zugehöre. Nachdem das Centrum 1893 und 1897 mit eigenen Kandidaten namhafte Fortschritte gemacht hatte, sah es 1901 die Kandidatur Fieser sehr ungerne verschwinden. Sie hätte mehr als jede andere einen Centrumstodt erleichtert. So hat das Centrum im Bezirk Donaueschingen Herrn Fieser „gefürchtet“: daß das Centrum auch in der Kammer ihn nicht „gefürchtet“ hat, direkt aus den Protokollen derselben kann man zu ersehen sein.

Etwas wie „Fürcht“ vor ihm hat sich allerdings in letzter Zeit stark bemerkbar gemacht. Ähnlich wie Fieser in seinen letzten Jahren, so ist auch Fieser eine Quelle von Sorgen geworden für — die eigene Partei. Deren Haltung in der Frage des Wahlrechts in Staat und Gemeinde in Verbindung mit ihrer kirchenpolitischen Haltung ist sie sehr teuer zu stehen gekommen. Noch schwerer als der Mandatsverlust ist die Einbuße an Glauben und Vertrauen. Den größten Teil der Schuld daran trägt der langjährige Führer Fieser. Wir vom Centrum haben keinen Grund ihm darüber graus zu sein. Anders liegt die Sache für die bislang geführte Partei. Sie mußte wachen und hat durch seine Schritte hindurch gewünscht, daß er sich zurückzieht. Sein längeres Verbleiben hätte es ihr erschwert, ja unmöglich gemacht, sich einigermaßen zurecht zu finden. Gewiß haben Fieser's Gesundheits-Verhältnisse ihm den Rücktritt nahe legen müssen: es ist auch denkbar, daß er ohne diesen Umstand noch länger auf seinem Posten hätte bleiben wollen. Dagegen ist es höchst zweifelhaft, ob eine Partei im Falle einer Niederlage in Donaueschingen ihm einen anderen

Wahlbezirk zur Verfügung gestellt hätte, oder — von Fahr und Heidelberg abgesehen — zur Verfügung stellen können. Jedenfalls war es ihr erwünscht, daß Fieser — ging.

Daß dem so ist, hat Herr Gageur, Erster Staatsanwalt in Konstanz, in einer Wählerversammlung bestätigt, die den 22. September in Messkirch tagte. Und das national-liberale Partei-Organ hat es einem größeren Publikum bekannt gegeben, ohne die geringste Einbuße dagegen zu erheben. Gageur erklärte, der neueste Umstimmung der National-liberalen in der Wahlrechtsfrage, hat Fieser zum Rücktritt von der Leitung veranlaßt. Und aus dem Umstand, daß die Partei ihren jetzigen Führer hat ziehen lassen, sei zu ersehen, daß es ihr nunmehr „Grust“ sei mit der Einführung des direkten, kantonalen Wahlrechts. Wenn man an den „Grust“ des Herrn Gageur glaubt, ist es gewiß wohl begründet. Zu glauben, daß es auch der neuen „Führung“ mit der Einführung des direkten, kantonalen Wahlrechts „Grust“ sei, wäre einem einwilligen zu viel zugemutet. Gest muß sie den strikten Beweis erbracht haben. Ihr bisheriges Verhalten, auch das allernächste, läßt auf das Gegenteil schließen.

Nach der „Bad. Landeszeitg.“ hat Herr Gageur gesagt: „Den Liberalen wird vom Centrum vorgeworfen, daß es ihnen mit der Einführung des direkten Wahlrechts nicht ernst sei. Wohl hat früher die liberale Partei unter Fieser's Führung gegen die Einführung des direkten Wahlrechts gestimmt. Allein viele Liberalen haben diese Haltung nicht billigt, und es ist ein Umstimmung eingetreten, der Fieser zum Rücktritt von der Leitung veranlaßt hat.“

Es liegt durchaus kein Grund mehr vor, daran zu zweifeln, daß es der liberalen Partei unter der neuen Führung (nicht?) Grust sei mit der Einführung des direkten, kantonalen Wahlrechts. Dafür spricht der Umstand, daß die Partei ihren jetzigen Führer hat ziehen lassen.“ (Bad. Landeszeitg. 454.)

Das stimmt nicht zur Keller'schen Erklärung. Unter politisch unterrichteten Leuten kann aber kaum Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, welche von beiden Erklärungen mehr Glauben verdient.

Deutschland.

Berlin, 5. Oktober.

Reichskanzler Graf Bülow wird in diesen Tagen zu demnächst Aufenthalt wieder nach Berlin zurückkehren. Von Flottbeck aus hat er sich noch für einige Tage zum Besuche bei einigen Verwandten im Brees begeben.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ theilt mit: Ueber die Vorgänge an Bord des kleinen Kreuzers „Gazelle“ und den Stand der Untersuchung, welche durch das Kommando des ersten Geschwaders in Kiel geführt wird, kann jetzt amtlich Folgendes bekannt gegeben werden: Die Untersuchung ist eingeleitet worden wegen des Abhandeltens von Geschützen, und zwar zwei Maschinenanordnungen, zwei Schloßanlagen, einer Kurbel und eines Abzugsmechanismus für Schnellabteilungen, sowie wegen Abbringens eines Drehzettes. Vermuthlich wurde die That von jemandem begangen, welcher den Verschluß der Schnellabteilungen genau kannte. In Untersuchungshaft befindet sich allein der Obermatrose Weiß. Dieser war einige Tage vorher an einem der in Betracht kommenden Geschütze als Nr. 1 wegen schlechten Zielen abgesetzt worden und es war ihm die Geschützführerzulage genommen worden. Die Enthebung des Korvettenkapitän's Reike von seiner Stellung als Kommandant des kleinen Kreuzers „Medusa“ bezw. „Amazone“ erfolgte lediglich auf seine eigene Bitte. Er ist thatsächlich erkrankt und ihm ist aus diesem Grunde auch ein sechswochiger Urlaub bewilligt worden.

Ein Kongreß der Frauenvereine, wie er jetzt alljährlich im Herbst abgehalten wird, hatte im Reichstagsgebäude seine Tagung begonnen, hat sie aber ursprünglich wieder abbrechen müssen. Das Berliner Polizeipräsidium ist der Ansicht, daß diese Versammlungen der Frauenvereine öffentliche und politische sind und deswegen nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes polizeilich überwacht werden müssen. Derartige Versammlungen dürfen aber nach der Ueberlieferung des Reichstages in dessen Gebäude nicht abgehalten werden und so blieb nichts Anderes übrig, als die Verhandlungen einzuweilen abzubrechen und in einem anderen Saale fortzusetzen. Auch dann, wenn man das Vorgehen der Verammlung nicht zustimmt, kann man das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidiums nur bedauern. Es wird unfehlbar ausgelegt werden als eine Feindseligkeit gegen die Bestrebungen der Frauenvereine ohne Ausnahme und eine solche grundsätzliche Feindseligkeit kann nicht anders als durchaus ungenügend bezeichnet werden. Nun sind aber die Verhandlungen des Vereins auch am Freitag unterbrochen worden, nachdem der Kongreß in das Industriegebäude an der Weststraße übergesiedelt war, und zwar wiederum durch das Polizeipräsidium, diesmal durch den Hinweis auf einen bei der Anordnung begangenen Formfehler. Dessenartige Verammlungen müssen 24 Stunden vor ihrem Beginn angemeldet werden; diese Vorschrift konnte aber bei der Kürze der Zeit nicht eingehalten werden, und deswegen griff das Polizeipräsidium von neuem hindernd ein. Somit konnten die Verhandlungen erst wieder am Samstag fortgesetzt werden. Das Berliner Polizeipräsidium befindet sich natürlich im Rechte. Aber ob es thatsächlich richtig ist, von diesem Rechte diesen strengen Gebrauch zu machen, steht auf einem anderen Blatte. Für die Anschauungen dieser fortschrittlichen Vereine hat ein Centrumsmann im Allgemeinen wenig Sinn. Aber diese Polizeimaßregelung ist sicherlich ebenso wenig nach seinem Geschnacke.

Dem Bürofengeste. Nummer sind die protokollarischen Auszüge erschienen aus den neulich abgehaltenen

